

Chair of the Petitions Committee

EUROPEAN PARLIAMENT

Attn. Dolores Montserrat

60 rue Wiertz /Wiertzstraat 60

B-1047 Brussels

Wien, am 15. Oktober 2019

Betreff: EU-Petition zur Einforderung effizienter und wirksamer Methoden zur Vorbeugung, Strafverfolgung und Sicherstellung der erlittenen Vermögensverluste im Zusammenhang mit Online Trading Webseiten (auch als Investment scams bezeichnet).

Die Versprechen der EU an ihre Bürger werden derzeit nicht eingehalten:

Im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere im Artikel 61 Buchstabe c) und Artikel 67 Absatz 5 Unterabsatz 2, hat sich die Europäische Union zum Ziel gesetzt, einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts usw. durch Erleichterung des Zugangs zur Justiz für Ihre Bürger zu schaffen und hat auch die Gewährleistung eines hohen Verbraucherschutzniveaus zugesagt.

Obwohl die Europäische Kommission mehrere Initiativen zur Erreichung dieser Ziele ergriffen hat¹, haben diese Initiativen bis heute keinen Erfolg gezeigt. Insbesondere die Bekämpfung der ständig zunehmenden Bedrohung durch Cyberkriminalität und die Gewährleistung eines sicheren finanziellen Umfelds für die Verbraucher stellen immer noch offene und prioritäre Ziele dar.

Täglich laufen europäische Verbraucher Gefahr, ihre Ersparnisse durch extrem professionell wirkende Online Trading Webseiten, die reine Betrugssysteme mit massiver Geldwäsche und Terrorismusaktivitäten darstellen, zu verlieren. Betrieben werden diese Betrugssysteme von global organisierten kriminellen Netzwerken in Zusammenarbeit mit europäischen Banken, Fintechs und Krypto Börsen.

Die traurige Realität für die Opfer ist, dass bis dato diese Verbrecherorganisationen strafrechtlich bis dato in Europa keinerlei Konsequenzen zu befürchten haben und immer dreister werden, wodurch der Betrug an ahnungslosen Verbraucher Tag für Tag weitergehen kann. Bedingt durch die fehlende Strafverfolgung und fehlende Vermögensrückführung im Zusammenhang mit dieser Art Finanzkriminalität steigt der finanzielle Schaden und die Zahl der Fälle inzwischen exponentiell an².

Wir verstehen, dass Cyberkriminalität und Geldwäsche ernsthafte und wesentliche Probleme für die staatlichen Strukturen darstellen, die der Dynamik der Methoden der Cyberkriminellen offensichtlich nichts entgegenzusetzen haben. Wir verstehen ferner, dass die virtuelle Welt eine Domäne ist, in der die Logik der nationalen Grenzen nicht gilt - der internationale Charakter der Cyberfinanzkriminalität bedeutet, dass dieser Bereich nur mit grenzüberschreitenden Maßnahmen zu bekämpfen ist. Was im

¹ Vergleiche EMPACT: <https://www.europol.europa.eu/empact>

² vgl. die Rede des FCA Vorstandes Charles Randell vom 4. September 2019, <https://www.fca.org.uk/news/speeches/fight-against-skimmers-and-scammers>.

Widerspruch steht zu der momentanen Situation in Europa, bei der die Zuständigkeiten der Strafgerichte an der Grenze des Landes enden.

Angesichts der offensichtlichen und inhärenten Unfähigkeit der Verbraucher/Opfer, sich vor solchen professionellen Angreifern zu schützen, müssen die europäischen Behörden jedoch unmittelbar handeln, um das Problem des andauernden Betrugs durch **Prävention, Strafverfolgung** und schließlich **Rückführung des gestohlenen Vermögens** zu adressieren.

Daher fordern wir, das EUROPÄISCHE PARLAMENT die folgenden Maßnahmen unmittelbar zu initiieren.:

Prävention:

Plattformen und soziale Kanäle wie Google, Facebook und YouTube sind die wichtigsten Marketingkanäle im Bereich der Cyberfinanzkriminalität:

- Es müssen Aufklärungs- und Warnkampagnen auf europäischer Ebene durchgeführt werden, um die Aufmerksamkeit auf diese Art von Kriminalität zu lenken und entsprechende Warnsignale zu setzen.
- Legitime Trading Webseiten sollten verpflichtet werden, regelmäßig Warnhinweise über die Risiken der Anlagebetrügereien zu veröffentlichen.
- Die Erbringung von Dienstleistungen europäischer Unternehmen für cyberkriminelle Organisationen (Werbedienstleistungen, Rechtsberatung, Zahlungsdienstleistung) muss eindeutig in der Europäischen Union als Beitragstäterschaft zur Bildung einer kriminellen Organisation eingestuft werden. Die Bedrohung einer daraus resultierenden Haftung für die volle Erstattung der Schäden sowie hohe Bußgelder und drohende Gefängnisstrafen für die Organe stellen unseres Erachtens nach, die einzige valide Möglichkeit dar, diese Art von Betrug zu stoppen.
- Die Schaffung eines legislativen Rahmens zur Möglichkeit der Haftungsinanspruchnahme der sozialen Kanäle und Plattformen für missbräuchliche Werbung muss initiiert werden.

Strafverfolgung:

Die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den nationalen Behörden innerhalb der europäischen Union ist unerlässlich, wenn diese Art von Kriminalität verhindert und verfolgt werden soll. In diesem Sinne fordern wir die Einrichtung:

- einer unabhängigen und dezentralen Strafverfolgungsbehörde innerhalb der Europäischen Union für solche Cyberkriminalitätsfälle mit der Befugnis (Autorität), grenzüberschreitend Verbrechen gegen europäische Verbraucher und Einzelhandelsanleger zu untersuchen, zu verfolgen und vor Gericht zu bringen.
- einer unabhängigen und dezentralen Strafverfolgungsbehörde innerhalb der Europäischen Union für die Koordinierung und Überwachung der konsequenten Verfolgung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in Europa.
- Das Strafrecht muss im Hinblick auf die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Unternehmen europaweit angepasst und modernisiert werden.
- Für die europäischen Mitgliedstaaten (wie bzw. Bulgarien) und die EU-Beitrittskandidaten Serbien und Montenegro, die die betrügerische Cyberkriminalität in ihren jeweiligen Ländern

ermöglichen (viele Call Center sind in diesen Ländern angesiedelt), muss eine hohe Rechenschaftspflicht verbunden mit raschen Sanktionsmaßnahmen vorgesehen werden. Insbesondere:

- Müssen Finanzmarktaufsichtsbehörden, die einen "erleichterten" Zugang zu "Pseudo"-Lizenzen (Zypern, Malta, Estland, Litauen usw.) ermöglichen, für ihre Tätigkeit zivilrechtlich und strafrechtlich verantwortlich gemacht werden können.
- Es sollte eine Möglichkeit geben, dass Verbrechen, die von einem organisierten Netzwerk von Unternehmen begangen werden, die vom Vereinigten Königreich aus arbeiten, während es sich in der Eurozone befindet, durch das europäische Gesetz und Euro Just auch nach der Trennung von der Eurozone strafrechtlich belangt werden können.

Refundierung der Schadensbeträge:

Das ultimative Ziel bei der Bekämpfung dieser Art von Cyberkriminalität ist es, nicht nur die Täter zu verfolgen, sondern auch das gewonnene Vermögen aus ihren Straftaten zu beschlagnahmen sowie im Falle einer Verurteilung hohe Bußgelder und Gefängnisstrafen festzusetzen. Zu diesem Zweck ist eine rechtzeitige Konfiszierung der Vermögenswerte in verschiedenen Rechtsordnungen und eine effektive Koordinierung auf transnationaler Ebene von entscheidender Bedeutung. Der Beschlagnahmung und dem Einfrieren von Vermögenswerten in einem transnationalen Umfeld fehlt es momentan an Effizienz und das wiederum verhindert die Wiederbeschaffung der gestohlenen Vermögenswerte. Kriminell erworbene Vermögenswerte nähren nicht nur Korruption und organisiertes Verbrechen, sondern stellen auch eine zuverlässige Finanzierungsquelle für den Terrorismus dar.

Deshalb fordern wir:

- Die Einführung wirksamer Beschlagnahmeregungen, die auf eine Umkehr der Beweislast für Fälle der organisierten Kriminalität oder ähnlicher Regelungen, die auf eine entsprechende Erleichterung, abzielen.
- Die eindeutige Anwendung und Durchsetzung strafrechtlicher Haftungsregelungen für jeden Beitragstätter (wahrscheinlich die einzige Möglichkeit, diese Art von Betrug zu stoppen).
- Die Einrichtung eines autorisierten Push Bank Transfer Scam Voluntary Codes, wie er von einigen britischen PSPs mit Mai 2019 eingeführt wurde, für alle PSPs in Europa und für alle grenzüberschreitend genehmigten Push-Zahlungen innerhalb der Europäischen Union.

Bislang gibt es in der EU keinen einheitlichen und kohärenten Rahmen für den kollektiven Rechtsschutz. Jüngste grenzüberschreitende Verbraucherfälle, wie der Dieselgate-Skandal, von dem Verbraucher in der gesamten EU betroffen waren, bestätigen, dass das europäische Verbraucherrecht gestärkt werden muss, damit die Verbraucher eine effiziente Schadenswiedergutmachung rechtlich durchsetzen kann.

- Daher fordern wir die Entscheidung über den kollektiven Rechtsschutz für in Europa geschädigte Verbraucher voranzutreiben und damit das Recht auf Zugang zur Justiz zu stärken, indem die Verbraucher ihre Kräfte über die Grenzen hinweg bündeln und gemeinsam die Einstellung oder Verhinderung rechtswidriger Praktiken oder den Ersatz des Schadens fordern können.

Anbei finden Sie eine vollständige Zusammenfassung der bei EFRI registrierten Opfer mit den Gesamtbeträgen der verlorenen Gelder (Anlage 1).

Mit freundlichen Grüßen